

Studie zur OZG-Umsetzung in Kommunen

[10.09.2019] Zu Herausforderungen der OZG-Umsetzung in Kommunen hat BearingPoint eine Befragung durchgeführt. Optimierungspotenzial zeigt sich etwa mit Blick auf die Rolle der Mitarbeiter bei der OZG-Umsetzung. Nicht vergessen werden dürfen aber die bereits zu verzeichnenden Erfolge in den Kommunen, mahnt die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).

Die kommunalen Mitarbeiter sehen Nachholbedarf bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in ihrer Verwaltung. Zu diesem Ergebnis kommt BearingPoint nach einer Umfrage. Wie das Unternehmen mitteilt, geben 23 Prozent der Befragten an, dass man sich in ihrer Kommune nur geringfügig um die OZG-Umsetzung kümmere. 42 Prozent schätzen die Bedeutung des OZG für eine bürgerfreundliche Kommune als gering oder eher gering ein. Als größte Herausforderungen bei der Umsetzung sehen die Verwaltungsmitarbeiter die Anpassung der bestehenden Prozesse und Organisationen (81 Prozent), das Budget (45 Prozent) sowie die Mitarbeitermotivation und Verfügbarkeit von IT-Lösungen und IT-Infrastruktur (jeweils 42 Prozent). 77 Prozent der Befragten geben außerdem an, dass das Personal-Management kein Arbeitsschwerpunkt ihrer Kommune bei der OZG-Umsetzung sei.

„Vielen Kommunen geht es lediglich um die Digitalisierung einzelner Prozesse, um die Vorgaben vom Gesetzgeber zu erfüllen“, kommentiert Jon Abele, Partner und Leiter des Bereichs Public Services bei BearingPoint, die vorliegenden Befragungsergebnisse. „Jedes Digitalisierungsprojekt sollte aber konkrete inhaltliche Ziele verfolgen, wie zum Beispiel Verkürzung der Durchlaufzeiten, Erhöhung der Bürgerzufriedenheit oder Erhöhung der Wirtschaftlichkeit. Diese Ziele sollten in der Umsetzung mit Nachdruck verfolgt werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen auch die Mitarbeiter konsequent weitergebildet werden, was oft vernachlässigt wird. Wer die Mitarbeiter aber jetzt nicht mitnimmt, kann keine digitale Verwaltung und schon gar keine bessere Verwaltung erwarten – denn kompetente Arbeitskräfte sind die Basis eines gelungenen Change-Prozesses.“

Unterstützung von Bund und Land gewünscht

Laut BearingPoint weiß etwa die Hälfte der Befragten nicht, was mit der OZG-Umsetzung auf ihre Verwaltung zukommt. Viele Kommunen fühlen sich zudem im Stich gelassen: 55 Prozent der Befragten geben an, dass sich ihre Kommune nicht ausreichend in Landes- und Bundesaktivitäten einbezogen fühlt, 16 Prozent glauben, dass sie mit ihrem aktuellen IT-Dienstleister gut auf die OZG-Umsetzung eingestellt sind. Laut der Umfrage wünschen sich die Kommunen von ihren zuständigen Landesverwaltungen vor allem klare und verbindliche Absprachen, verlässliche Zusagen, klare Zuständigkeiten und Standardisierungen. 65 Prozent wünschen sich so genannte Software-as-a-Service-Angebote vom Bund, der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) oder den Federführländern. Für die Zusammenarbeit auf Landesebene wünschen sich die Befragten mehr Transparenz, Open Source Software sowie einen regelmäßigen Austausch und eine stärkere Vernetzung innerhalb der Landesverwaltung.

Dass es beispielsweise auch in der deutschen Wirtschaft Herausforderungen bei der Digitalisierung zu meistern gibt, darauf weist die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) als Reaktion auf die nun vorgelegten Studienergebnisse hin. Der kommunale IT-Dienstleister bezieht sich damit auf eine andere Studie, deren Ergebnisse BearingPoint im Frühjahr vorgelegt hat. „Bei Kommunen immer nur das Negative herauszuschälen ignoriert die Erfolge und das, was bereits existiert“, heißt es in einer

Twitter-Mitteilung der AKDB.

(ve)

Stichwörter: Panorama, Studie, Onlinezugangsgesetz (OZG)